

BECAUSE WE ARE YOUR FRIENDS.

Impressum

Bundesvorstand Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen

Tel.: +49 (0)551 - 7 70 80 08
Fax: +49 (0)551 - 7 70 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de

Rote Hilfe e.V. | Ortsgruppe Dresden
Rudolf-Leonhard-Straße 39
01097 Dresden
dresden@rote-hilfe.de



ORGANIZING
SOLIDARITY
FOR ACTIVISTS
SINCE 1921

ZINE
APRIL

ROTE
HILFE
DRESDEN



Die Rote Hilfe e. V. ist eine strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, welche Menschen unterstützt, die von staatlicher Repression betroffen sind.

Dabei sind unter anderem antirassistische, antifaschistische und antisexistische Haltungen und der Kampf um ein selbstbestimmtes Leben die wesentlichen Grundlagen für unsere Arbeit.

Wir bieten jeden Dienstag eine Sprechstunde zur Beratung in Rechtsfragen an, vermitteln euch gegebenenfalls Anwalt_innen und begleiten politische Prozesse.

Solltet ihr von Repression betroffen sein, so gilt zunächst immer eines: Ruhe bewahren! Achtung: Formaljuristische Fristen laufen ab! Es zählt das Datum der postalischen Zustellung, auch wenn ihr im Urlaub o. ä. seid. Deshalb rechtzeitig Einspruch einlegen und/oder bei der Roten Hilfe melden!

Die wichtigsten Voraussetzungen für unsere Arbeit gegen staatliche Repression sind:

- Keine Aussagen. Nehmt euer Recht auf Aussageverweigerung wahr.
- Keine Zeug_innen benennen. Wir verraten keine Freund_innen.
- Keine Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft.

www.rotehilfedresden.noblogs.org

dresden@rote-hilfe.de

Sprechstunde:
jeden Dienstag ab 19 Uhr
AZ Conni
Rudolf-Leonard-Straße 39
01097 Dresden



Kontakt: Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 / 770 80 08, Fax: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

V. i. S. d. P.: H. Lange, Postfach 3255, 37022 Göttingen, E.i.S.

Beitrittserklärung ★ R o t e H i l f e e . V .

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
 außerdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert.
 Ich möchte regelmäßig den E-Mail-Newsletter erhalten.
 Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff *Mitgliedsbeitrag*
 Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von 8 Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen **Mindestbeitrag** von jährlich 90,- € | anderer Betrag
 halbjährlich 45,- € | anderer Betrag
 vierteljährlich 22,50 € | anderer Betrag
 monatlich 7,50 € | anderer Betrag

Ich zahle einen **Solibeitrag** von jährlich 120,- € monatlich 10,- €

Der Normalbeitrag beträgt 7,50 € / Monat, der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) 3,- €

- Ich bin schon Mitglied und ändere meinen Beitrag auf
 Ich bin schon Mitglied und ändere meine Adresse, Kontakt- oder Kontodaten wie unten

Vorname und Name Mitglied/Neumitglied

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail (wird ausschließlich vereinsintern verwendet)

Name und Ort des Kreditinstituts BIC

IBAN

Datum und Unterschrift Mitglied/Neumitglied

Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Mehr Solidarität gegen mehr Repression

In den vergangenen Jahren konnte die Rote Hilfe immer mehr Menschen, die wegen ihrer linken Aktivitäten von staatlicher Repression betroffen waren, finanziell unterstützen.

Zunehmende Anwält*innen- und Prozesskosten haben zu einem enormen Anstieg der Unterstützungsausgaben der Roten Hilfe geführt. Insgesamt haben sich die Zahlungen, die die Rote Hilfe für von Repression betroffene Linke leistete allein 2014 um fast 50 Prozent erhöht. Das zeigt, wie wichtig die Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe ist und es ist großartig, dass wir so vielen Aktivist*innen in der Konfrontation mit den Repressionsorganen beistehen konnten. Gleichzeitig strapaziert dieser extreme Anstieg aber die Gesamtfinanzen der Organisation enorm.

Kurzum wir brauchen euer Geld, um diese notwendige Unterstützungsarbeit fortführen zu können und die Angriffe des Staates weiterhin ins Leere laufen zu lassen. Jede Form der Unterstützung ist uns dabei willkommen:

Sammelt Spenden bei Veranstaltungen

Macht Solipartys und verkauft Soli-Kuchen.

Erhöht euren Mitgliedsbeitrag bei der Roten Hilfe.

Werbt in eurem politischen Umfeld für Spenden.

Inhalt

1. Prozess gegen Stuttgarter Antifa von Rote Hilfe Stuttgart
2. No justice, no peace, free Fede!
3. Neonazistischer Terror in der antifaschistischen Analysen
4. Wilde Streiks bei Mercedes in Bremen
5. 129 Akten in Leipzig
6. Erklärung: Nikos Maziotis beendet den Hungerstreik
7. Ausschnitt aus „act for freedom now!“ von Nikos Maziotis
8. Erneut Toter in JVA Bruchsaal von Thomas Meyer Falk

Der folgende Text wertet die erste Instanz eines Verfahrens gegen einen Stuttgarter Antifa zum 19. Februar 2011 aus. Mittlerweile hat auch die zweite Instanz begonnen, Infos dazu findet ihr auf unserer Homepage.

Antifa-Prozess in Dresden: „Nichts Neues in Sachsen“

Am 27. Juni wurde vor dem Dresdner Amtsgericht der Prozess gegen einen Stuttgarter Antifaschisten verhandelt. Hintergrund waren die militanten und erfolgreichen antifaschistischen Proteste gegen den Nazi-Großaufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden. Die Staatsanwaltschaft warf dem Antifaschisten mehrere Steinwürfe gegen Bulleneinheiten und Wasserwerfer, sowie die Beteiligung am Bau von Materialblockaden vor. Der Tag endete mit einer Verurteilung wegen Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall, siebenfacher gemeinschaftlicher Körperverletzung und dem Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot. Das Gericht verhängte eine Freiheitsstrafe von 14 Monaten, ausgesetzt auf 2 Jahre Bewährung.

Von Stuttgart nach Dresden und zurück

Der gelaufene Prozess ist Teil von mindestens sechs Verfahren gegen AntifaschistInnen aus der Region um Stuttgart, die mit den antifaschistischen Aktionen am 19. Februar 2011 in Dresden zusammenhängen. Nach Hausdurchsuchungen im Oktober 2011 in diesem Zusammenhang bei vier Stuttgarter AntifaschistInnen, die von lokalen Bullen zusammen mit der Dresdner SOKO 19/2 organisiert wurde, zeichnete sich bereits ab, dass die Repressionsorgane in diesem Fall ein besonderes Interesse an der Verfolgung von Stuttgarter AktivistInnen haben. An einer gemeinsamen Bus-Anreise zu den antifaschistischen Protesten beteiligten sich damals über 250 AktivistInnen aus der Region.

Jeans, Niké's und schwarze Regenjacken

Die Anklage der Staatsanwaltschaft basierte voll und ganz auf diversem Bild- und Videomaterial von den Protesten am 19. Februar – auf Bullenaufnahmen, Presseaufnahmen und weiteren nicht näher erklärten Aufnahmen aus der Mitte der Proteste. Wie in anderen Fällen auch, wurde der Antifaschist vor Ort weder festgenommen, noch am Tag selber durch sonstige Maßnahmen zur Personalienfeststellung polizeilich identifiziert. Auf Grundlage polizeilicher Videoaufnahmen, die den Antifaschisten am 19. Februar unvermummt in einer Menschenmenge von Protestierenden in Dresden zeigen sollen, haben die Behörden eine Reihe vermeintlich eindeutiger Kleidungsmerkmale herausgearbeitet, auf denen sie sämtliche Tatvorwürfe aufbauen. Konkret ging es um einen horizontalen schwarzen Streifen auf dem Rücken einer schwarzen Regenjacke, ein am linken Fuß leicht umgeschlagenes Hosenbein, Auswaschungen und Falten auf einer Jeans-Hose und um graue oder braune Schuhe, auf denen laut Bullen ein „Nike-Logo“ zu erkennen sein soll. Diese Merkmale wollen sie auf weiteren Aufnahmen des Tages, auf denen – zu anderer Uhrzeit und an anderer Stelle - militante Auseinandersetzungen zwischen durchweg vermummten AntifaschistInnen und der Polizei zu sehen sind, wiedererkannt haben. Insgesamt behaupten die Dresdner Bullen für die Täterbestimmung mehrere hundert Stunden Videomaterial gesichtet zu haben. Die in diesem Ermittlungsverfahren implizierte Einzigartigkeit von ausgewaschenen und umgeschlagenen Jeanshosen, horizontalen Streifen auf schwarzen Regenjacken und Schuhen mit „Nike-Logo“ unter den etwa 20.000 Protestierenden in Dresden, wurde vom Gericht nicht in Frage gestellt. Stattdessen reichte die schwammige Behauptung eines Bullenzeugen der Dresdner SOKO 19/2, der Antifaschist hätte sich den ganzen Tag über in einer Gruppe von angeblich polizeibekanntem Stuttgarter AntifaschistInnen bewegt, um die Identifizierung gerichtsfest zu machen.

Ich seh' was, was du nicht siehst...

Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden und ihr richterlicher Zuspruch sollten juristisch nicht unterschätzt werden: In einer Zeit, in der ein Großteil der kämpferischen linken Aktionen durch Video- und Bildaufnahmen von allen Seiten begleitet wird, bietet das Urteil ein Einfallstor für Repressionsbehörden, alleine anhand von beliebigen äußeren Merkmalen willkürlich gegen AktivistInnen vorzugehen. Schon die selektive Verwendung von Bildmaterial, kann

schnell zur Einmaligkeit von Streifen auf Jacken, Falten auf Hosen, oder Logos auf Schuhen führen.

Nicht zuletzt um an diesem Punkt Druck auf die Ermittlungsbehörden aufzubauen und um die Gefahr von politisch motivierten, willkürlichen Indizien-prozessen aufzuzeigen, ist die Verteidigung des Antifaschisten gegen das Urteil in Berufung gegangen.

Das Verfahren hat zudem ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass die Begleitung von Aktionen durch Kameras eine zwiespältige Sache ist, mit der linke AktivistInnen sehr bedacht umgehen müssen. Der Großteil von belastendem Videomaterial in diesem Verfahren, wurde aus der Menge der Protestierenden – vermutlich von erkenntlichen PressefilmerInnen – heraus aufgenommen. Ohne den großen Wert von Bildern und Videos für linke Öffentlichkeitsarbeit herunterspielen zu wollen, ist die Diskussion über klarere Regeln für filmende/fotografierende AnwohnerInnen/Presseleute/AktivistInnen doch hinsichtlich möglicher repressiver Folgen für die praxisorientierte Linke in der BRD notwendig. Wer im Nachhinein der Aktionen Zugriff auf entsprechendes Material hat, ist nur in den wenigsten Fällen von den beteiligten AktivistInnen selbst wirklich kontrollierbar.

Justiz auf sächsisch

Der Ablauf der Verhandlung stellte keine große Überraschung dar, verdeutlichte aber noch einmal die unverfrorene Offenheit, mit der die Dresdner Justiz sich auch heute noch, nach über drei Jahren, für eine Vergeltung der erfolgreichen antifaschistischen Proteste 2010/2011 einsetzt.



Sieben Aachener Bereitschaftsbullen, die am 19. Februar die Route der Nazis absichern sollten, durften zu Beginn des Prozesses, mal mehr, mal weniger dramatisch, von vermeintlichen Verletzungen berichten, die sie durch Steinwürfe erlitten: blaue Flecken, vereinzelt Kratzer und nicht näher definierte „Schmerzen“ an Beinen oder Schulter stellten das ganze Ausmaß der „siebenfachen gefährlichen gemeinschaftlichen Körperverletzung“ dar. Dienstfähig blieben sie alle. Allein die Äußerung: „In der Situation habe ich mich zum ersten Mal gefragt weshalb ich überhaupt Polizistin geworden bin.“, ließ doch auf einen gewissen didaktischen Wert der Auseinandersetzungen hoffen.

Zwei Dresdner FahrzeugbesitzerInnen berichteten anschließend von ihren PKW's, die am 19. Februar 2011, vermutlich durch Steinwürfe, stark beschädigt wurden. Diese Zeugenladungen, sollten offensichtlich ebenso wie die vorangegangenen Bullen-interviews, die Show des „linken Gewaltausbruchs“ fortsetzen. Bei der eigentlichen „Beweisführung“ hingen Staatsanwältin und Richter schließlich voll an den Lippen des eher unbedarften Dresdner Kripo-Bullen, der auf kritische Nachfragen der Verteidigung zumeist wenig zu sagen wusste.

Sozialisten und Idioten

Der Umgang des Richters mit den antifaschistischen ProzessbeobachterInnen folgte der politischen Linie des gesamten Prozesses: Bestimmte Stühle im Gerichtssaal ließ der Richter für selbsternannte Pressevertreter und Bullenzeugen, die Lust auf's Zuschauen hatten, reservieren. Stühle, die von AntifaschistInnen besetzt werden durften, wurden von ihm später als „billige Plätze“ klassifiziert. Zu guter Letzt beendete er sein größtenteils inhaltsleeres Plädoyer mit der Vulgär-Version einer altbekannten bürgerlichen Weisheit: „Wer mit 18 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 80 immer noch Sozialist ist, ist ein Idiot“. Auch wenn die eigentliche Formulierung dieses schon hundertfach wiedergekäuten Sprichwortes, das Linken ab einem bestimmten Alter den Verstand abspricht, hier nicht ganz getroffen wurde, spricht dieses politische Statement aus den hohen Hallen des Dresdner Amtsgerichtes doch ganz für sich.

Für einen effektiven Antifaschismus auf allen notwendigen Ebenen!

No justice, no peace, free Fede!

A SOAS student has languished in prison in Frankfurt since 10am Wednesday morning awaiting trial. He has not been charged and his legal team has yet to receive any evidence. According to German law, backed by European treaties and any sense of common decency, he is innocent until proven guilty. Therefore he should be free on bail. The law accords protesters a fair and free trial and due procedure to protect civil liberties. In Frankfurt we have seen the suspension of these liberties, with detention being used as a punitive tool rather than a means of investigation. He was arrested while sitting with friends, eating a picnic in central Frankfurt. The police used 30-40 officers and excessive force to carry out the arrest, despite him offering no resistance. The German legal system has chosen to scapegoat him, in order to hide the crimes of the European Central Bank.

His name is Federico Annibale, a much loved masters student here at SOAS and an active member of the students union. Federico is one of us, and he could be ANY of us. As an Italian student he knows all too well the affects of austerity on Eurozone countries and Britain. He travelled to Frankfurt with many others like him to challenge such economic injustice and we should not shy away from the politics of his arrest.

His arrest was politically motivated, and his extended detention is a tool of intimidation. This breach of human rights is a testament to the complicity of state security in neoliberalism. The ECB is at the epicentre of this, one of the three institutions (alongside the IMF and European Commission) which orchestrates the troika's policy of crippling debt. On March 18th 2015 the ECB attempted to open its new headquarters in Frankfurt. A dizzying 1.3 billion euros was spent on a 185-meter-high fortress-like twin tower building, surrounded by a fence and castle moat. It was supposed to be a grand opening gala with several European state leaders and the European finance oligarchy present. On that day thousands converged from all over Europe to show that there is nothing to celebrate about austerity and impoverishment.

In spite of marked police violence, demonstrators exercised their right to take to the streets and blockade the event. In a supposed "financial capital", activists reclaimed the city and asserted a new collective narrative beyond the violence of austerity and the police state. Set against this backdrop, Federico's unwarranted detention is a petulant attempt at undermining the overwhelming opposition to today's financial order.

We call for Federico's immediate release and for due process to be followed in his judicial proceedings..

Der neonazistische Terror in der antifaschistischen Analyse

Im NSU-Komplex gibt es mehrere zentrale Fragen, mit denen sich unabhängige Antifaschist_innen dringender denn je auseinandersetzen müssen, um der bislang sehr wirkmächtigen Erzählung des Generalbundesanwalts, der Geheimdienste und der Polizei entgegen zu treten: Denn Strafverfolger und Geheimdienste propagieren entgegen aller Fakten und einschlägigen Zeugenaussagen unbeirrt den Mythos vom isolierten Trio, von dessen terroristischen und mörderischen Aktivitäten kein einziger der zahllosen Unterstützer_innen informiert gewesen sei, und stellen den NSU-Komplex als ein singuläres, schon jetzt abgeschlossenes Ereignis ohne Wiederholungsgefahr dar.

Um der staatstragenden Erzählung wirksam entgegen zu treten, müssen wir aber nicht nur die erweiterte Einzeltäter-Theorie der Strafverfolgungs- und Geheimdienstbehörden, die in Deutschland seit dem Oktoberfest-Attentat 1981 zum staatstragenden Mantra und Mythos geworden ist, sondern auch unsere eigenen Erzählungen, Analysen und Thesen zu rechtsterroristischen Netzwerken, Strategien und Aktionen der letzten zwanzig Jahre auf den Prüfstand stellen. Nicht nur, weil es beim Streit um die Frage, wer die öffentliche Deutungshoheit über den NSU-Komplex gewinnt — inklusive der Entstehungsgeschichte des NSU-Netzwerkes und der staatlichen Verantwortung dafür — , auch um die entscheidende Frage nach der Anerkennung rechtsterroristischer Gewalt in Deutschland und Rassismus als einer zentralen Ursache von Staatsversagen im NSU-Komplex geht. Sondern, weil es am Ende dieses Streits auch darum gehen wird, aus den Fehlern der eigenen antifaschistischen Analysen seit 1990 zu lernen und so vielleicht zu

verhindern, dass wir rechten Terror nochmals nicht erkennen.

Der Mythos vom „Trio“

Seit dem Bekanntwerden der rechtsterroristischen Untergrundzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben sich viele Antifaschist_innen darum bemüht, das gesamte Netzwerk des NSU aufzudecken. Heute, mehr als drei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU und nach über anderthalb Jahren Prozess am OLG München, kann niemand angesichts der zahlreichen Aussagen von Helferinnen und Helfern von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bei Vernehmungen durch Polizei und Justiz ernsthaft behaupten, man kenne die Unterstützer_innen des untergetauchten Trios nicht. Im Gegenteil: Sie sind vom BKA ermittelt und vernommen worden und dementsprechend dem Generalbundesanwalt gut bekannt, so wie beispielsweise Mandy Struck, André Kapke, Thomas Starke, Thomas Rothe, Max-Florian Bu., Matthias Dienelt, Susann Eminger und Hendrik Lasch. All diese bekannten Helferinnen und Helfer des mutmaßlichen (späteren) NSU-Kerntrios haben auch schon längst ausgesagt, dass sie das Ziel verfolgten: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe beim Unterlaufen der polizeilichen Fahndung und beim Leben im Untergrund zu unterstützen. Im Gegensatz zum BKA, zu den Geheimdiensten und zur Bundesanwaltschaft haben die Aktivistinnen und Aktivisten der neonazistischen Elitenetzwerke von Blood&Honour und Hammerskins ihre eigenen Strategie- und Propagandapapiere, in denen zum bewaffneten Kampf, bewaffneten Terrorzellen und dem Kampf für ein „ausländerfreies Deutschland“ aufgerufen wird, immer ernst genommen.

Wir wissen aus den bekannten neonazistischen Konzepten und Handlungsanweisungen — dem „Der totale Widerstand“ von Hans von Dach,[1] den Turner-Tagebüchern, dem B&H-Papier „The way forward“, dem B&H-„Field-Manual“, dem „White Resistance Manual“, dem Manifest „Eine Bewegung in Waffen“ und weiteren Artikeln zum „führerlosen Widerstand“ — , dass die legalen und die illegalen NS-Strukturen als Einheit angesehen werden müssen. Eine abgeschlossene illegale Untergrund-Zelle könnte in dieser Logik zwar im Ausnahmezustand des „Rassenkrieges“ eine Zeitlang autonom agieren, doch ist sie Teil des bewaffneten Arms der neonazistischen Bewegung. Ihr Aufbau, ihre logistische Versorgung im Untergrund durch legale Neonazi-Strukturen und die politische Legitimierung ihrer Taten waren und sind Theorie und Praxis des gesamten militanten Neonazismus. Dass dabei nicht immer alle Aktivist_innen und Unterstützer_innen zusammen sitzen und diskutieren, wer welche Aufgabe übernimmt, liegt in der Natur der Sache. Im „White Resistance Manual“ heißt es: „Share no secret which does not have to be shared. In military terminology this is referred to as the ‚need to know‘ and is applied so that each individual is given only enough information to perform the mission required.“[2] Dass also nicht alle Teile des Netzwerkes über alles Bescheid wussten, ist zwingend geboten, wenn man eine terroristische Vereinigung bildet und über Jahre handlungsfähig sein will.

Kurz vor dem Zeitpunkt, als das mutmaßliche NSU-Kerntrio im September 2000 den ersten Mord beging — an dem 37-jährigen Blumengroßhändler Enver Simsek in Nürnberg — berichtete das Antifaschistische Infoblatt von einem Treffen deutscher, schwedischer, britischer und norwegischer Neonazis aus dem internationalen Netzwerk von Combat 18 und Blood & Honour, das Anfang November 1999 in einer Kleinstadt bei Oslo stattgefunden hatte. Wesentliche Programmpunkte des Treffens, an dem mehrere deutsche Neonazis teilnahmen — darunter der Berliner Neonazi Heiko L. und Göttinger Neonazis aus dem Umfeld von Thorsten Heise — waren die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und klandestiner Terror. Das Antifaschistische Infoblatt schrieb dann weiter: „Die deutschen Neonazis sind unter Zugzwang: Nach mehreren Morden, die von ihren schwedischen Kameraden im vergangenen Jahr verübt wurden und nach der spektakulären Bombenanschlagsserie in London, wollen sie ihren internationalen Vorbildern nacheifern. [...] Ein Teil dieser Szene ist den staatlichen Sicherheitsbehörden — die ansonsten immer ihre Finger im Spiel hatten, wenn Neonazis zu organisiertem Terror ansetzen — offenbar aus dem Ruder gelaufen.“ Zudem berichtete das AIB intensiv über die Ende der 1990er Jahre bis zum Verbot von Blood & Honour in Neonazieszenen wie dem „Hamburger Sturm“ um Torben K. oder dem von Michael See herausgegebenen „Sonnenbanner“ offen propagierten Terrorkonzepten des führerlosen Widerstands — beispielsweise in dem „Interview aus dem Untergrund“, das der „Hamburger Sturm“ im Mai 1999 veröffentlichte und das von Szene-Kennern den „Nationalrevolutionären Zellen“ um Carsten Szczepanski zugerechnet wurde.

Der Schwerpunkt der AIB-Berichterstattung und der Antifa-Diskussionen bzw. Einschätzung über die Wirksamkeit der Terrorkonzepte in der Neonaziszene und Blood & Honour- und Combat-18 Strukturen als deren maßgebliche Protagonisten basierte auf realen Terroraktionen: Den Sprengstoff-Anschlägen gegen die Ausstellung „Verbrechen der

Wehrmacht“ in Saarbrücken 1999, gegen das Grab von Heinz Galinski 1998 und 2002 sowie auf eine Gruppe vorwiegend jüdischer Emigrant_innen aus den GUS-Staaten in Düsseldorf-Wehrhahn im Juli 2000. Aber auch auf dem Mordanschlag von Kay Diesner auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat und Diesners Mord an dem Polizeibeamten Stefan Grage im Februar 1997 unter dem international genutzten Label „Weißer Arischer Widerstand“ (WAW). Und so bezogen unabhängige Antifas immer auch eine internationale Perspektive mit ein: Das AIB berichtete ausführlich über die (Brief-)Bomben-Kampagnen der britischen und skandinavischen Blood & Honour-Strukturen, die Banküberfälle und Morde an Gewerkschaftern und Polizeibeamten in Dänemark, Norwegen und Schweden durch Combat 18 und Blood & Honour nahe Strukturen und Aktivisten in den Jahren 1999 und 2000. Und das AIB berichtete im Dezember 2001, dass ein Aussteiger aus der britischen Gruppe von „Combat 18“ in einem Interview mit der britischen Zeitschrift Searchlight zugegeben hatte, er sei Ende 1998 aufgefordert worden, nach Deutschland zu reisen, „um dort ein paar Bomben zu bauen und sie abzuschicken.“[3]

Doch die antifaschistische Analyse dieser Jahre hatte einen zentralen Fehler, der sich in dem oben genannten AIB-Zitat aus dem Jahr 2000 widerspiegelt: Wir sind immer davon ausgegangen, dass überall dort, wo Neonazis mit Waffen und Sprengstoff hantierten, Verdeckte Ermittler der Polizei — und auch V-Leute der Geheimdienste — nicht weit waren — und dass das so gesammelte Wissen bei den Strafverfolgungsbehörden auch zu Aktivitäten führen würde. Die Razzia in der Jenaer Garage Nr. 5 im Januar 1998 und die Fahndungs-meldung nach Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hat das AIB damals genauso als Beleg für die Umsetzung von Terrorkonzepten in der Neonaziszene, wie als Beleg für das Einschreiten der Strafverfolgungsbehörden — wie immer scheinbar im letzten Moment — gewertet; so wie in den Jahren davor und danach beispielsweise auch bei den „Nationalrevolutionären Zellen“ um Carsten Szczepanski, Ralf L. und Nick Greger, die in Berlin-Brandenburg Rohrbomben- und Präzisionsgewehranschläge gegen Antifaschist_innen planten.[4] Im Nachhinein lässt sich in Bezug auf das NSU-Netzwerk feststellen, dass der erste Teil der AIB-Einschätzung richtig war, wenn wir uns den bekannten Sprengstofflieferanten Thomas Starke oder Carsten Szczepanski alias V-Mann Piatto als Waffen- und Ideenlieferant der Nationalrevolutionären Zellen und eventuell auch der NSU-Kerntrio-Unterstützer_innengruppe um Jan Werner und die Struktur der B&H Sektion Chemnitz anschauen. Allerdings haben wir — und nicht nur wir — den fatalen Fehler gemacht, auf den Strafverfolgungswillen der Behörden zu vertrauen, sobald es um Waffen und Sprengstoff geht. Auch, weil wir wussten, dass antifaschistische Strukturen einer derartigen Aufrüstung der Neonaziszene nichts entgegen zu setzen hatten — außer dem Ansatz, durch Skandalisierung die Strategien und Strategen des Terrors öffentlich zu machen und so Druck auf die Strafverfolgungsbehörden aufzubauen.

Noch ein zweiter Fehler kam hinzu: Wir haben in den 2000er Jahren nicht mehr verstanden, dass Terror auch in einer Phase der vermeintlichen Vermassung und Legalisierung durch Parlamentsarbeit immer ein konstitutives Moment der gesamten Neonaziszene bleibt — und haben deshalb Terrorstrukturen wie die Kameradschaft Süd um Martin Wiese in München,[5] die Dortmunder Combat 18 Clique um Marko Gottschalk (Weisse Wölfe/Oidoxie/Oidoxie Streetfighting Crew), Robin Schmiemann und den überzeugten Neonazi und V-Mann des LfV NRW Sebastian Seemann trotz ihrer bekannten Waffengeschäfte mit den niederländischen und belgischen B&H Strukturen, die baden-württembergischen Neonazis und Bombenbastler um den JN-Funktionär Matthias B., die geplanten Bomben-anschläge der Kameradschaft Aachener Land in Berlin im Frühjahr 2010 jeweils als einzelne Recherche-fälle und nicht als Ausdruck einer Gesamtstrategie und –Diskussion gesehen.

Deutlich wurde dies auch in der Auswertung des im Sommer 2012 abgeschalteten thiazi-forums.[6] Die Autonome Antifa Freiburg erklärte hierzu:[7] Die BetreiberInnen des mit über 25.000 registrierten NutzerInnen bis zu seiner Abschaltung im Juni 2012 größten deutschsprachigen Naziforums thiazi.net wählten eine besonders eingängige Methode, um terroristische Propaganda zu verbreiten. Über einen „Thiazi Soli-Sampler“ unter anderem mit Musik von „Blood & Honour“ und den „Hammerskins“ nahe-stehenden Bands wurde der von „Thiazi“-Aktiven ins Deutsche übersetzte Roman „Hunter“ von William Pierce verbreitet. Während Pierces „Turner-Tagebücher“ nicht zuletzt wegen ihrer für den NSU inspirierenden Wirkung breit rezipiert wurden, fand die Terror-Blaupause im „Jäger“ bisher wenig Beachtung. Im „Jäger“ verherrlicht der „National Alliance“-Gründer Pierce die Ermordung von „gemischten“ Liebespaaren, Juden und Jüdinnen sowie Politiker_innen. Gewidmet ist das Buch einem neonazistischen Mörder, Joseph Paul Franklin, der als Heckenschütze in den USA unter anderem zwei afroamerikanische Männer kaltblütig erschoss.

Mittendrin oder doch am Ende draußen vor der Tür? Der Staat und die Geheimdienste

Ein weiterer Fehler unserer Analyse der 1990er und Anfang der 2000er Jahre war, dass wir die schiere Menge an V-Leuten in der Neonaziszene ebenso unterschätzt hatten wie die strategischen Überlegungen und den strategischen Umgang der Neonazis mit dem V-Leute-System. Die NSU-Unterstützerin und Blood & Honour Chemnitz Aktivistin Antje Probst (Bö.) hatte es schon 1998 auf den Punkt gebracht: Durch die Kontakte von einigen B&H-Aktivisten zum Verfassungsschutz könne man die Geheimdienste auf falsche Fährten locken und die eigentlichen Aktivitäten umso ungestörter durchziehen. Kai Dalek, GdNF-Stützpunktleiter in Franken und regelmäßiger Teilnehmer der GdNF-Führer-Runden sowie langjähriger V-Mann des LfV Bayern, und Tino Brandt, NSU-Unterstützer und langjähriger V-Mann des LfV Thüringen sind dafür ebenso Beispiele wie die BfV-Spitzel und Neonazi-Führungskader Thomas Richter alias „Corelli“ aus Halle/Saale, Ralf Marschner alias „Primus“ aus Zwickau, Mirko Hesse alias „Strontium“ aus Sachsen und Michael See alias „Tarif“. Auch die Strukturen von „Blood & Honour“ hätten ohne das Prinzip „Quellenschutz vor Strafverfolgung“ nicht über Jahre hinweg die „Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ und eine



extrem rechte Erlebniswelt mit Ausstrahlung weit über den engen Kern der Neo-naziszene hinein in die vorpolitischen Milieus von Jugendlichen und jungen Erwachsenen insbesondere in ländlichen Räumen in den neuen Bundesländern — und damit einen essentiellen Baustein der Neo-nazibewegung — aufbauen können. Dazu muss man sich nur unter anderem die Schlüsselpositionen der Blood & Honour- Kader und V-Leute Marcel Degner alias VM „Hagel“ des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz⁸ und Carsten Szczepanski alias „Piatto“^[9], langjähriger V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes vergegen-wärtigen. Das ohnehin unpassende Bild, die Behörden seien auf dem „rechten Auge blind“, das sowohl von Medien aber auch von antifaschistischen Organisationen leider all zu gern verwendet wird, hat endgültig ausgedient. Die Behörden sind so weit gegangen, die zu beobachtenden Strukturen von V-Personen aufbauen zu lassen, mit Geld und Logistik-hilfe, wie im Falle des bayerischen Neonazi-Spitzels Kai Dalek, der die Szene mit dem Mitte der 1990er Jahre innovativen Computer-Verbund Thule-Netz versorgte — und im Gegenzug die Behörden mit Dateien. Im Thule-Netz verharmloste Dalek offensiv die Mordanschläge von Kay Diesner. O-Ton Dalek im Thule-Netz: „Das hätten sich die Schreibtischtäter mit Sicherheit nicht träumen lassen, wie manche Kameraden auf Verbote reagieren können. Dass da mal Kameraden die Sicherung durchbrennt, ist verständlich und von meiner Seite nachvollziehbar (...) Wie sagte Kamerad Christian Worch vor ein paar Jahren sinngemäß: Sie werden uns auf Knien bitten, dass wir die Kameraden wieder zurückpfeifen, damit es nicht noch weitere Tote geben wird.“^[10] Wir können uns sicher sein, dass noch weitere V-Leute im NSU-Komplex auffliegen werden.

Warum müssen sich eine antifaschistische Bewegung und Recherchezeitungen mit den eigenen Fehl-einschätzungen der 1990er Jahre auseinander-setzen?

Es gibt noch weitere Gründe, warum wir uns wesentlich intensiver mit unseren Fehl-einschätzungen der 1990er Jahre auseinandersetzen müssen: Wir müssen, nach allem, was wir derzeit wissen, davon ausgehen, dass es neben dem NSU-Netzwerk weitere terroristisch aktive neo-nazistische Netzwerke in Deutschland gab und gibt — deren ProtagonistInnen bislang unbehelligt sind. Zur Erinnerung: Es gibt keinen einzigen ver-urteilte_n Täter_in weder für den Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken mit einem Sachschaden von einer knappen halben Million Euro noch für die Sprengstoffanschläge in Düsseldorf-Wehrhahn oder auf das Galinski-Grab. Und auch das ist klar: Die Bombenbauer der frühen 1990er Jahre machen weiter wie gehabt. Schließlich müssen sie nicht einmal im NSU-Komplex mit einer ernsthaften Strafverfolgung rechnen. Das wird ihnen bei jedem Prozesstag am OLG München neuerlich deutlich gemacht. Die terroraffinen Netzwerke der bundesdeutschen Neonazis haben sich weder alleine zu dem Zweck entwickelt, den NSU zu unterstützen, noch haben sie in der Zeit der Existenz des Untergrund-Trios sich alleine in Unterstützungshandlungen für diese Drei verausgabt. Die Agenda des nationalsozialistischen Untergrunds — wohlgermerkt nicht des Nationalsozialistischen Untergrunds — ist weitaus langfristiger, vielfältiger und gefestigter als die Behörden uns dies weismachen wollen.

Und es gibt noch eine Kontinuitätslinie, die wir stärker in den Fokus nehmen müssen. In der aktuellen rassistischen Mobilisierungswelle, die derzeit durchs Land geht — inklusive mehr als zwei Dutzend Brandanschläge auf Flüchtlingsheime seit Jahresbeginn 2014 — wird eine neue „Generation Terror“ politisiert, die auf eine erfahrene „Generation Terror“ trifft, die nicht aufhört. Der organisierte und gewaltbereite Rassismus vom Beginn der 1990er-Jahre war die Schule der Generation von Neonazis, aus der das NSU-Netzwerk hervor ging. Oder anders gesagt: Rassismus

steht am Beginn und am Ende des NSU und im Zentrum der Ideologie neonazistischen Terrors. Deshalb müssen wir verstehen, dass das Problem Rassismus heißt. Einen wirklichen Wandel kann es daher nur geben, wenn der Rassismus, der alltägliche, der institutionelle und der organisierte, als Problem erkannt und bekämpft wird.

Ein Diskussionsbeitrag von Hilde Sanft und Ulli Jentsch, erschienen im Antifaschistischen Infoblatt 4.2014. Hilde Sanft war Mitglied im AIB-Redaktionskollektiv der 1990er und 2000er Jahre und ist im NSU-Watch Netzwerk aktiv, Ulli Jentsch ist Mitarbeiter des apabiz e.V. und NSU-Watch.

[1] „Der totale Widerstand“ ist eine mehrbändige Lehrbroschüre aus der Zeit des Kalten Krieges, die sich mit einem möglichen Widerstandskampf in der Schweiz im Fall eines sowjetischen Vor- bzw. Einmarsches befasst. Sie wurde von dem Major der Schweizer Armee Hans von Dach verfasst.

[2] „Werwolf, Waffen, Werthebach: Wer ist die Anti-Antifa?“ in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 50 1/2000

[3] Antifaschistisches Infoblatt Nr. 54/Winter 2001/2002, S. 31: 'Combat 18' inside! — Nazi-Informant Darren Wells über die Terrorgruppe 'C-18', ausführlich in: Searchlight international, Ausgabe Nr. 318/Dezember 2001, „Why I turned my back on C18 – an exclusive interview with ex-nazi Darren Wells“, S. 5.

[4] vgl. AIB Nr. 97 (4.2012): Ku-Klux-Klan

[5] vgl. zur Kameradschaft Süd monitor und aida und AIB Nr. 66 (2.2005): „Terrorpläne vor Gericht“.

[6] Vor dem Landgericht Rostock begann am 28. November 2014 der Prozess gegen vier mutmaßliche Forumsmoderatoren von thiazi

[7] <https://linksunten.indymedia.org/en/node/116875>

[8] a.a.O., S. 270f.

[9] a.a.O., S. 284ff, Unterkapitel „Der V-Mann Piatto“

[10] <http://www.aida-archiv.de>, NSU in Bayern

Interview mit einem Arbeiter aus dem Mercedes-Werk in Bremen

taz: Herr Goldstein, zum Jahreswechsel hat die Leitung des Bremer Mercedes-Werkes hunderte MitarbeiterInnen wegen ihres Arbeitskampfes abgemahnt. Kam das schon mal vor?

Gerwin Goldstein: In diesem Umfang ist es das erste Mal. Aktuell wissen wir von 600 Abmahnungen. Rein rechtlich könnte den Kollegen bei einer zweiten Abmahnung gekündigt werden, aber dann stünde das Werk still.

Am 12. Dezember hatten 1.300 MitarbeiterInnen der Nachtschicht aus Protest die Arbeit niedergelegt – ohne, dass Tarifverhandlungen anstehen. Ein solcher „wilder Streik“ war wohl ein Novum ...

Bereits 2013 hatten wir vier solcher Aktionen. Und am 11. Dezember 2014 haben schon bei der Frühschicht über 2.000 Mann die Arbeit hingeschmissen und sind ums Werk marschiert. Da ist nichts passiert. Erst bei der Nachtschicht wurde nun die Abmahnungs-Keule rausgeholt.

taz: Wogegen protestieren Sie?

Gerwin Goldstein: Die Arbeit von 140 Kollegen aus der Logistik-Branche soll fremd vergeben werden, mit Werkverträgen. Die Daimler-Kollegen werden nicht entlassen, aber auf andere Arbeitsplätze im Werk verteilt. Sie müssen teilweise viel mehr schleppen. Bei 40 Kollegen wissen wir noch gar nicht, wo wir sie mit ihren Einsatzeinschränkungen und Behinderungen unterbringen können. Außerdem haben wir im Bremer Werk seit Jahren etwa acht Prozent Leiharbeiter, insgesamt 652 Leute. Bei den meisten dieser Kollegen wäre einen Tag vor Heiligabend

der Vertrag ausgelaufen.

taz: Aber?

Gerwin Goldstein: Als Betriebsrat haben wir dafür gekämpft, die Kollegen fest zu übernehmen. Das hat nur bei 30 Leuten geklappt, bei den anderen wurden die Verträge lediglich verlängert. Kurz vor Weihnachten allerdings kam dann die Nachricht, dass 46 Kollegen abgemeldet, also entlassen wurden – manche waren schon vier Jahre da. Die Gründe waren haarsträubend. Einer ist gekündigt worden, weil er angeblich „kein Stapler-Gen“ habe, obwohl er schon drei Jahre hier arbeitet. Wegen dieser Dinge kam bei den Festangestellten die Wut hoch.

Taz: Der Werksleitung passt der Protest gar nicht, vor allem wegen der illegalen Arbeitsniederlegungen ...

Gerwin Goldstein: Es hat sich ganz schön aufgeschaukelt. Wir haben ja kein politisches Streikrecht in Deutschland. Aber man muss sich sein Recht nehmen. Wenn man genügend Kollegen zusammenbekommt, hat man das Recht auf seiner Seite. Die Menge ist der Schutz.

Taz: Wegen des „wilden Streiks“ wurden auch einige Mitarbeiter verhört?

Gerwin Goldstein: 80 Kollegen wurden nachts zum Personalgespräch eingeladen ...

taz:... nachts?

Gerwin Goldstein: Ja, es war ja auch die Nacht-schicht, die die Arbeit niedergelegt hatte. Wir sind als Betriebsräte dann auch nachts noch dazu gekommen. Von den Trupps vom Personalbüro wurden bis zu 20 Fragen gestellt: etwa, ob sich die Kollegen auch trotz Androhung einer Abmahnung beteiligt haben. Alle haben gesagt, dass sie das in Kauf genommen haben. Es wurde gefragt, ob die Kollegen gezwungen wurden mitzugehen und wen sie noch so gesehen haben. Man hat nach Betriebsräten gefragt, speziell nach meinem Namen und nach zwei weiteren Kollegen. Man wollte unbedingt die „Rädelsführer“ rausfinden.

Taz: Hat das funktioniert?

Gerwin Goldstein: Die Kollegen sind durch die Bank standhaft geblieben und haben gesagt, sie haben in der Dunkelheit nicht viel mitbekommen. Das war bombig.

Die lange Version des Interviews auf <http://www.taz.de/Gerwin-Goldstein-ueber-wilde-Streiks!/152436/>

129 Akten in Leipzig

Seit Ende 2013 führt die Staatsanwaltschaft Dresden ein Verfahren nach §129 gegen bisher 12 Personen in Leipzig. Diese sollen mittels handfester Argumente gegen Neonazis vorgegangen sein. Bisher ist allerdings kein*e Betroffene*r namentlich bekannt. Es wurden bisher nur mehrere versteckte Kameras entdeckt die mutmaßlich in Verbindung mit dem Verfahren stehen.

Nun wurde bekannt, dass 2 weitere Personen im Raster der Behörden gelandet sind. Gegen nunmehr 14 Personen aus der linken Szene wird also seit fast 2 Jahren ermittelt. Betroffen sind wir jedoch auch weiterhin alle – der Eifer bei der Kriminalisierung antifaschistischer Initiative sächsischer Ermittler*innen ist ungebrochen!

Die Genoss*innen aus Leipzig bereiten sich derweil auf den Ernstfall vor, bei inventanti.org/leipzig findet ihr einen Demoaufruf bei möglichen Hausdurchsuchungen!



Seit dem 2. März 2015 befanden sich inhaftierte Mitglieder mehrerer militanter und anarchistischer Gruppen unter anderem, des „Revolutionären Kampf“, „17. November“ und der „Verschwörung der Feuerzellen“ im Hungerstreik. Die sehr unterschiedlichen Gruppen kämpften zusammen gegen die „Typ-C“-Gefängnisse, das seit 2000 bestehende Antiterrorgesetz. Außerdem ging es um die Entlassung eines schwerkranken Genossen und der willkürlich inhaftierten Eltern einiger Gefangener.

Erklärung von Nikos Maziotis zur Beendigung des Hungerstreiks

Nach 35 Tagen des Kampfes, beende ich den Hungerstreik, den ich am 2. März zusammen mit anderen GenossInnen begann. Ich habe beschlossen, dies zu tun nicht aufgrund der Tatsache, dass ich die Grenzen meiner Belastbarkeit erreicht habe, sondern weil ich glaube, dass die Entwicklungen im Kontext dieses Kampfes abgeschlossen sind und das diesbezügliche Potenzial erschöpft ist, auch unter Berücksichtigung der Solidaritätsbekundungen die stattgefunden haben.

Ich habe beschlossen den Hungerstreik jetzt auszusetzen, nachdem das Justizministerium den Gesetzesentwurfs vorgelegt hat und sehe keinen Sinn darin, noch mindestens 10 Tage bis nach Ostern zu warten, bis es zur Abstimmung kommt. Ich bin aber weiterhin sehr misstrauisch betreffend alle Änderungen, die das Ministerium in Bezug auf das Vermummungs- oder DNA-Gesetz vorlegt; weil die Regierung bereits gezeigt hat, wie unzuverlässig sie bei der Erfüllung ihrer Proklamationen ist.

Ich habe am Hungerstreik mit einem gebrochenen Arm teilgenommen, eine Verletzung die mir während meiner Festnahme zugefügt worden ist. Eine Fraktur, deren Heilung einige Zeit dauern wird, Monate vielleicht oder mehr als ein Jahr. Die Forderungen, die ich zusammen mit anderen inhaftierten GenossInnen unterstütze haben rein politischen Charakter, da sie gegen den "Anti-Terror" und repressiven Kern des Staates gerichtet sind. Ich hatte von Anfang an keine Illusionen, dass alle Forderungen, wie zum Beispiel die Abschaffung des 187A Antiterrorgesetzes und das Gesetz 187 über kriminelle Vereinigungen, "realistisch" erreichbar sind, aber sie mussten aus politischen Gründen vorgebracht werden.

Der Lauf der Ereignisse zeigte, dass die SYRIZA-Regierung sich in einer sehr schwierigen Lage befand, aber gleichzeitig nicht so anfällig für politischen Druck durch den Kampf der politischen Gefangenen und solidarischen Menschen ist, wie manche glauben möchten. Stattdessen ist sie anfälliger für Druck vom rechten Flügel, wo es eine grössere Sensibilität für Fragen des "Anti-Terror" und repressive Politik gibt. Diejenigen, die, während sie in der Opposition waren, angeblich für die Rechte von Gefangenen "kämpften" und sich gegen die "Anti-Terror" Gesetze äusserten, wie die jetzigen Minister für Justiz und öffentliche Ordnung, die, die sich gegen das Vermummungsverbot stellten, sind jetzt an der Macht und führen die Regierung. Sie wurden mit dem ersten Hungerstreik der politischen Gefangenen konfrontiert, der auf eine Durchsetzung ihrer Bekenntnisse hinweist.

Jetzt an der Macht, haben sie in sehr kurzer Zeit alles widerlegt, was sie vor den Wahlen in Bezug auf das Memorandum und die Schulden sagten und es wird erwartet, dass sie die Antiterrorgesetze intakt lassen. Nachdem sie alles akzeptiert haben - das Memorandum, die Schulden, die Troika, die Auswertung – die sie als sie in der Opposition waren ablehnten, nachdem sie die Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds und ausserdem die Abhängigkeit von den USA akzeptiert haben – bedeutet dies auch, dass es unmöglich ist, für die Aufhebung der Anti-Terrorismus Gesetze zu sein - wählten sie eine Verzögerungstaktik beim Kampf durch Hungerstreik politischer Gefangener, und legten bereits nach einem Monat einen angekündigten Gesetzentwurf mit Änderungen vor, mit dem Schaden für die Gesundheit und das Leben von inhaftierten GenossInnen riskiert wird, wie im Fall des Genossen [Michalis] Nikolopoulos, der dem Tode nahe kam und vielleicht bleibende Schäden erlitten hat. Sollte dies so sein, so wird dieser Kampf mit einem hohen Preis bezahlt; darüber hinaus wird es eine "Leistung" der linksgerichteten Regierung von SYRIZA sein, so dass sie eine unauslöschliche Spur hinterlassen, weil keine andere griechische Regierung in der Vergangenheit einen Hungerstreikenden bleibende Schäden hat erleiden lassen.

Ich werde nicht von Begriffen wie Sieg oder Niederlage sprechen. Unabhängig vom Ergebnis ist der Kampf der politischen Gefangenen von grosser Bedeutung und grossem Wert. Es ist der erste Hungerstreik der politischen Gefangenen, und wie ich schon sagte, geht dieser Kampf weit über seine direkte Bedeutung. Es ist die einzige kämpferische politische Mobilisierung, mit der die SYRIZA-Regierung bisher konfrontiert wurde. Dieser Kampf hat die Illusionen einer linken Fassade der Macht, einer linken Krücke des Kapitalismus, einer linken Regierung der Krise ausgeräumt. Das ist das grosse politische Erbe, das dieser Kampf hinterlassen hat und in dieser Hinsicht sind wir auf jeden Fall die GewinnerInnen.

Nikos Maziotis, Mitglied des Revolutionärer Kampf; Domokos [Typ C] Gefängnis

Domokos: Dieser Text wurde von Nikos Maziotis verfasst. Er behandelt die griechischen Wahlen vom 25. Januar 2015 und die Koalition zwischen der SYRIZA und ANEL.

Auszug aus „act for freedom now!“

Die Wahlen vom 25 Januar gehören zu den grössten „Errungenschaften“ zivilisierter Demokratie. Sie waren auch der Beweis, in was für eine Missgunst dieses verfaulte politische System geraten ist. 1/3 aller Wahlberechtigten kehrte diesem „Fest“ den Rücken zu ging nicht zur Wahl. Von den ca. 9.800.000 Wahlberechtigten, haben lediglich 63.5% daran teilgenommen. Das heisst, die Zahl gültiger Stimmen belief sich auf ca. 6.180.000. Hingegen gingen 3.620.000, das sind 36.5%, gar nicht Wählen. Von allen Wahlstimmen erreichte SYRIZA 36%, das sind ca. 2.200.000 Stimmen. Was heisst, dass die SYRIZA Regierung lediglich von ¼ der Wahlberechtigten gewählt wurde. Es war ein Triumph der Wahlfavoriten, und durch demokratischen Zentralismus gekennzeichnet. Es ist nicht die Mehrheit die durch ihre Stellvertreter „herrscht“, wie es sein sollte. Es ist die Minderheit. Es hat sich wieder mal gezeigt, dass das politische System gestützt vom bürgerlichen Parlamentarismus, bei Millionen von Bürgern in Verruf geraten ist. Es ist der Beweis dafür, dass durch dieses Misstrauen welches mit der ökonomischen Krise wuchs, jede Regierung der letzten Jahre eine Minderheitsregierung ist und man ihr nicht mehr trauen kann. In Wirklichkeit müsste man sagen, liegt die Macht in den Händen derer, die nicht mehr an die Wahlillusion der linken und rechten Schwindler glauben. Million von Bürgern glauben nicht mehr an politische Parteien und erwarten auch nichts mehr von ihnen. Aber die reine Wut führt zu nichts, solange sie nicht an politische Aktion gebunden wird. Das Ziel sollte der Machtsturz der überstaatlichen ökonomischen

Elite und deren Stütze, der bürgerliche Parlamentarismus, sein. Der einzige Ausweg aus diesem Leiden, ist wenn die Wut und Groll von Millionen von Bürgern, sich in politische Aktion und Dynamik verwandelt. Das heisst, der Hang der Klasse und der Gesellschaft zu einer revolutionären Perspektive, der bewaffnete Aufstand gegen Staat und Kapital. Die Perspektive einer direkten Demokratie, statt die sozialen und politischen Anliegen in die Hände Berufspolitiker zu geben. Diesem System müssen wir mit selbstverwalteten Strukturen gegen halten. Wie zu erwarten war, ist das Ergebnis dieser Wahlen eine Links-Rechts Koalitionsregierung. Man kann die ANEL auch nicht anders als Rechts bezeichnen. Die Partei der „Unabhängigen Griechen“, mit denen der rechte Flügel der SYRIZA die Koalition formiert hat, stammt aus dem Umfeld der traditionellen nationalistischen Rechten. Ihr Programm stützt sich auf orthodoxen und nationalistischen Dogmatismus: „Nation – Religion – Familie“. Ihre politische Linie befürwortet den autoritären Staat, Dogmen in deren Mittelpunkt Ordnung und Disziplin stehen, wachsende Intoleranz, Rhetorik aus dem Umfeld von Verschwörungstheorien, Panikmache und die harte Bekämpfung aller Gefahren für das Land. Zu diesen Gefahren gehören MigrantInnen, AnarchistInnen und Militante des bewaffneten Kampfes. Es fehlen nur noch die Hakenkreuze. Der Machthunger von SYRIZA und ANEL hat diese eigenartige Ehe zwischen Links und der extremen Rechten ermöglicht. Die abscheuliche Ehe ist auf einen schleierhaften „Anti-Memorandum-Block“ aufgebaut. So etwas hat man noch nie gesehen, weder in Griechenland, noch weltweit. Auch die Naziartei „goldene Morgenröte“ ist eine Anti-Memorandum Partei. Sie ist aber, im Gegensatz zur SYRIZA, gegen die EU. Die Mehrheit Ihrer Wählerschaft stammt aus dem Umfeld der nationalistischen und traditionalistischen Rechte. Diese ist Enttäuscht von der Partei „Neue Demokratie“ (eine Rechte Strömung der vorherigen Regierung). Bis vor kurzem war die Partei die stärkste Vertretung der griechischen Rechte. Ein Teil davon sah die Kollaborateure und Verräter der deutschen Besetzung, die „Chites“ (Mitglieder der Militärgruppe „X“ welche die Nazis während der Besatzung unterstützte) sowie die Mitglieder des „Sicherheits-Bataillon“ (Paramilitärische Gruppen die mit den Deutsch-Italienischen Truppen kollaboriert haben) stets als „griechische Patrioten“, die das Land vordem Kommunismus gerettet haben indem sie sich mit den Deutschen vereinten.

Viele ANEL Wähler teilen diese Meinung. Es ist ein Paradox, dass viele, auch AnarchistInnen, die SYRIZA als Bollwerk gegen die extreme Rechte gewählt haben, und genau diese Partei nun mit einem Teil der extremen Rechten kooperiert um zu regieren. Tatsache ist auch, dass viele die SYRIZA aus Verzweiflung gewählt haben, und sich für das kleinere Übel entschieden haben. Das gleiche gilt auch für die AnarchistInnen, die SYRIZA, gegen ihre Prinzipien, gewählt haben. Die Partei versprach die Hochsicherheitsgefängnisse Typ C für alle politischen Gefangenen und Militanten des bewaffneten Kampfes abzuschaffen. Sie glaubten an eine Abschwächung der Repression in Bezug auf die Mobilisierungen und Demonstrationen. Selbst wenn die SYRIZA-ANEL Regierung mittels eines taktischen Zuges die Typ C Gefängnisse abschaffen würde, wäre es keine Entschuldigung für den Verrat an die anarchistisch-revolutionären Werte.

Siege erreicht man durch Kämpfe, wie uns die Geschichte revolutionärer Bewegungen bewiesen hat. Nicht durch Zugeständnisse von oben, die dazu noch, aus taktischen Gründen gewährt wurden. Das Ziel dieser Zugeständnisse ist die Vereinnahmung der anarchistischen/antiautoritären Bewegung. Diese Regierung weiss, wie man das Zuckerbrot und wenn nötig auch die Peitsche benutzen kann. Die Stimmen der Anarchisten für die SYRIZA wurden gekauft. Es ist ein lächerliches Phänomen Anarchisten zuzuschauen, wie sie zusammen mit den Jugendsektionen der Regierungspartei, die sich mit der extremen Rechten zusammengeschlossen hat, zum Jahrestag des Imia-Vorfalles, gegen die „goldene Morgenröte“ demonstrieren.

Es waren die sozialen Bewegungen, welche den antifaschistischen Kampf, den bewaffneten antifaschistischen Kampf, wie die spanischen Anarchisten 1936, vorangetrieben haben. Nicht gewählte Regierungen. Der Staat und die Koalition zwischen SYRIZA und der rechtsextremen ANEL ist „antifaschistisch“!! Genauso wie die Samaras Regierung angeblich „antifaschistisch“ gewesen ist, weil sie Mitglieder der „goldenen Morgenröte“ einsperren liess!! In Wahrheit haben alle die sich selbst oppositionell oder anarchistisch bezeichnen und gewählt haben, einen schlechten taktischen Zug gemacht. Sie haben politische Schwäche gezeigt. Sie haben gezeigt, keinen Willen zu haben eine revolutionäre antikapitalistische Bewegung aufbauen zu wollen. Eine Bewegung die das Regime stürzen kann, welches diese Krise überhaupt verursacht hat.

Alle die sich selbst oppositionell oder anarchistisch bezeichnen und gewählt haben, haben sich vereinnahmen lassen. Haben sich entschieden sich einer Regierung anzupassen, die das linke Standbein des Kapitalismus ist. Sie haben die historische Parole vergessen:“ Die Bossen sind immer die gleichen, egal ob rechts oder links!“. Die Machtergreifung

der SYRIZA sollte nicht die Positionen der AnarchistInnen ändern, die konsequent den revolutionären Kampf weiterführen. Den Kampf für den Sturz von Staat und Kapital. In diesem Kampf stellt sich uns die SYRIZA, wie jede Regierung, als Hindernis, als Feind entgegen.

Wie ich schon in meinem Text:“ Die Lösung findet man nicht mit dem Wahlzettel in der Hand, sondern mit dem bewaffneten Volk“ festgestellt habe, wird die Koalition SYRIZA-ANEL kein langes Leben haben. Sie wird genauso enden wie die Regierungen von Samaras oder Papandreou. Sie wird auseinanderfallen, unter dem Gewicht ihrer Widersprüche und der nicht eingehaltenen Wahlversprechen. Sie wird sich weder der politischen Verantwortung, ihrer erzwungenen Entscheidungen, entziehen können, noch den Kompromissen die sie eingehen muss, mit der überstaatlichen ökonomischen Elite. Die grosse Frage für die Nach-SYRIZA-Zeit ist welche politischen Reserven das System hat um die Krise in Griechenland zu verwalten. Die pluralistische Tendenz der Regierungszusammensetzung, sowie die Allianz mit der ANEL, sind Beweise für die Instabilität der jetzigen Regierung welche die Krise weiter vorantreibt und dessen Sturz herbeiführen wird.

Tatsache ist, dass diese Regierung wegen der Erwartungen der Wähler und ihrem „Linksprofil“ als Partei viele enttäuschen wird. Die Aussagen von Tsipras, man würde sich nicht mit Kreditinstituten oder Institutionen der überstaatlichen Wirtschaftselite anlegen, lassen künftige Kompromisse erahnen. Es gibt keinen Mittelweg zwischen Konflikt und Unterwerfung. Da die neue Regierung keinen Konflikt provozieren will, wird sie sich unterwerfen.

Es hat sich bewahrheitet, was wir von „Revolutionärer Kampf“, schon immer behauptet haben. Weder SYRIZA noch eine andere Regierung möchte in den Krieg ziehen gegen die Kreditinstitute und Institutionen der überstaatlichen Wirtschaftselite. Ihr einziges Interesse ist die Macht und sich ein Stück von der Torte zu sichern. Die zu Beginn des Wahlkampfes versprochene Abschaffung aller Bedingungen des Memorandum ist nun Geschichte. Vorhersehbar ersetzt durch Neuverhandlungen des Memorandum und der Schulden.

Sie widersetzen sich nicht dem Memorandum und den Schulden, die Ketten des griechischen Volkes. Bevor der Hahn krähen konnte erreichte sich der erste Verrat. Die Wahlversprechen, der Grund ihres Wahlsieges, wurden gebrochen. Sie sagen sie würde die Privatisierungen stoppen. Gemeint ist die Teilprivatisierung des Hafens in Piräus (OLP), der Stromgesellschaft (DEI) oder des Naturgas (DEPA). Sie sagen sie würden nach wie vor die Konventionen berücksichtigen, um die Investitionen zu begünstigen, um die Bevölkerung auszubeuten, die Arbeiter und die natürlichen Ressourcen für das Kapital. Der Minister für den Wiederaufbau von Produktion, Umwelt und Energie Lafazanis, Mitglied der linken Plattform und Verfechter der Drachme (griechische Währung vor dem Euro), befürwortet die Privatisierung der DEPA, und sagt, dass alle Memoranden Schrittweise abgeschafft würden. Der neue Wirtschaftsminister Varoufakis befürwortet die Privatisierung im allgemeinen, und im speziellen die des OLP. Der Premier Tsipras versicherte auf Bloomberg, Griechenland würde seine Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Zentralbank (BZE) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) nicht vernachlässigen. Varoufakis versicherte seinem französischen Pendant in Paris er befürworte einen neuen Entwurf oder Neuverhandlungen mit den Finanzpartnern. Das heisst einem neuen Vertrag zuzustimmen, egal ob dieses nun Memorandum heisse oder nicht, mit neuen Massnahmen, Kürzungen und strukturelle Veränderungen. Dies wurde auch am Londoner Dinnerbankett der deutschen Band und Merrill Lynch wiederholt. Ich möchte daran erinnern, dass die Samaras Regierung kurz davor Stand neue Massnahmen anzunehmen. Dies nach der neusten Einschätzung der Troika (EZB, EU, IWF). Von denen wurde behauptet es handle sich nicht um ein neues Memorandum.

Der Verzicht die Wahlversprechen einzuhalten wird rastlos vorangetrieben, besonders nachdem die EZB beschlossen hat keine griechische Obligationen mehr anzunehmen. Diese Entscheidung wird erst am 28 Februar, also am Ende des aktuellem Memorandum, in Kraft treten. Die geschieht um Druck gegen die griechische Regierung aufzubauen. Man will sie durch Angst unterwerfen. Angst nicht mehr flüssig zu sein, vor der Mangelwirtschaft und des Bankrotts, denn die Reserven werden immer knapper. Der Regress, die eindeutigen Widersprüche und Leugnung von Behauptungen und Versprechen werden grösser. Varoufakis behauptete bei Dijsselbloem das Memorandum zu zerreißen. Dem deutschen Finanzminister Schäuble versprach er wiederum 67% der Verpflichtungen einzuhalten.

Der neue Wirtschaftsvizepräsident, Valavanis, verlangte anfangs den Rücktritt vom TAIPED (Privatisierungsbehörde) und bot eine Weiterentwicklungsperspektive an. Eine Woche später nahm es sein Versprechen wieder zurück angesichts der aktuellen Entwicklungen. Trotzdem versprechen sie weiterhin das Ende des Memorandum. Sie sind die gemeinsten Hoffnungsversprecher einer ganzen Bevölkerung. Schon damals als wir von „Revolutionärer Kampf“, und kurz nach

den Wahlen, das Controlling der Unternehmensführung der griechischen Bank angriffen, zeigte sich wie realitätsfremd und utopisch die sozialdemokratischen Vorschläge der SYRIZA waren. Schliesslich dann der totale Rückschritt zu allen Themen, von der Krisenüberwindung hin bis zum Wandel in eine sozialistisch-liberale Partei. Noch nie gab es eine so schnelle Abwendung von den Wahlversprechen in der Geschichte der griechischen Politik. Die SYRIZA-ANEL Politik unterscheidet sich nicht von der Politik der Vorgänger. Auch sie wird irgendwann zum politischen Zusammenbruch führen, wie bei ihren Vorgängern. Man muss die Ketten des griechischen Volkes komplett aufbrechen, besonders die der Schulden und des Memorandum. Man darf nicht über eine Verlängerung verhandeln. So etwas kann nur nach der Revolution stattfinden. Wenn das Volk bewaffnet wurde. Nur können die Schulden, das Memorandum und jede vertragliche Verpflichtung zwischen der griechischen Bevölkerung und den Banken einseitig verweigert und ganz gestrichen werden. Kleines Eigentum, welches sich die Banken angeeignet hatten, wird rückerstattet. Das Bankensystem wird abgeschafft und der Habezins wird vergesellschaftlicht. Genauso werden auch die Reichtümer von Staat und Kapital, der grossen Unternehmen und der multinationalen Konzerne angeeignet und vergesellschaftlicht. Diese Aneignung verschafft uns Liquidität, Grundstücke und Immobilien. Der ökonomische Wiederaufbau wird dann von Selbstverwaltungen und Selbstorganisationen finanziert und materiell gefördert. Genau so wird auch der Wiederaufbau von Produktion, Industrie, Landwirtschaft und die Selbstorganisierung des sozialen Lebens von überall und allen unterstützt werden. Nur so ein revolutionärer Prozess wird eine Lösung für das Elend der kapitalistischen Krise bringen. Klassenunterschiede werden überwunden, das Volk wird selbst über sich entscheiden in selbstverwaltete und selbstorganisierte Strukturen. Es wird ein föderalistisches System sein, mit Volksversammlungen und ArbeiterInnenräte die einen libertären Kommunismus einleiten werden.

Jetzt ist es die Aufgabe aller KämpferInnen, die Pflicht für die anarchistische/antiautoritäre Szene, von uns allen den Aufbau einer revolutionären Bewegung zu arbeiten. Eine Bewegung die Staat und Kapital stürzen wird, dazu müssen wir den politischen Zusammenbruch der SYRIZA des Systems im Allgemeinen ausnutzen.

Kein Waffenstillstand – Keine Vereinhaltung

Für den Aufbau einer bewaffneten revolutionären Bewegung, für den Gegenangriff und den Sturz von Staat und Kapital

Nikos Maziotis Mitglied von „Revolutionärer Kampf“

Aus dem Gefängnis von Domokos

Seit im Herbst 2014 in der JVA Bruchsal ein Gefangener verhungerte, berichtet die Presse, auch überregional, wenn dort erneut ein Insasse stirbt. Wie steht es um die gesundheitliche Situation von Inhaftierten? Darum, wie um den weiteren Todesfall soll es im Folgenden gehen:

Erneuter Todesfall in der JVA Bruchsal

Wie die FAZ am 10.04.2015 (a.a.O., Seite 6) berichtete, sei am 08.04.2015 morgens um 6.05 Uhr ein 22 Jahre alter Gefangener in der JVA Bruchsal tot aufgefunden worden. Nach einem Bericht der Badischen Zeitung (BZ) aus Freiburg (10.04.2015) habe der Gefangene Methadon im Blut gehabt, obwohl er nicht an einem entsprechenden Methadonprogramm teilgenommen habe. FDP-Landtagsfraktionschef Rülke wird mit den Worten zitiert, der Justizminister (SPD) schaffe es offensichtlich nicht, die Missstände im Bruchsaler Gefängnis in den Griff zu bekommen.

Ein Insasse der JVA Bruchsal behauptet, der nun verstorbene Gefangene habe sich kurz vor seinem Tod an ihn gewandt, um ein Testament aufzusetzen; des weiteren sei der Verstorbene von anderen Häftlingen, wie auch vom Personal gemobbt und drangsaliert worden. Die BZ berichtete in ihrem oben erwähnten Artikel davon, der Verstorbene habe 2012 in der Jugendstrafanstalt Adelsheim eine Beamtin schwer verletzt, weshalb er in eine andere Haftanstalt verlegt worden sei.

Gesundheitsfürsorge in Gefängnissen

Von Gefangenen gibt es immer wieder Kritik an der ärztlichen und/oder psychologischen Betreuung innerhalb der Haftanstalten. Exemplarisch kann auf den Besuchsbericht des 'Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe' (CPT) vom 24.07.2014 verwiesen werden. Der CPT hatte sich speziell der Situation in der Sicherungsverwahrung angenommen und „eine Reihe von Mängeln aufgezeigt, die Anlass zu besonderer Besorgnis geben“ (a.a.O., AZ. CPT/Inf (2014) 23, Seite 16). Gerügt wurde u.a. eine unzureichende personelle Ausstattung mit Ärzten, die fehlende Möglichkeit, sich vertraulich an einen Anstaltsarzt wenden zu können, sowie ein Fehlen von ausreichend qualifizierten PsychologInnen.

Alles nur Einzelfälle?

An dieser Stelle sei auf das Schicksal zweier Freiburger Sicherungsverwahrter etwas ausführlicher eingegangen.

Franz, wie er an dieser Stelle heißen soll, leidet an einer Lernbehinderung, sowie einer psychotischen Störung (vgl. Besuchsbericht des CPT, a.a.O., Seite 16). Seinen Hofraum lässt er konsequent vermüllen und würde nicht der Mitverwahrte G. ihm wöchentlich die Zelle grundreinigen, aber auch die Wäsche zu- und einteilen, er wäre gänzlich sich selbst überlassen.

Gelegentlich sieht man ihn auf dem Flur oder Freizeitraum, wie er vor sich hin lacht und spricht, Atemübungen macht, um dann zurück in die Zelle zu gehen. Dort redet er, oft über Stunden lautstark mit sich selbst, macht Tiergeräusche nach oder singt. Sozialarbeiterin A. behauptet, man kümmere sich nach Kräften um Franz; aus Sicht der Verwahrten jedoch überlässt man hier einen seelisch Kranken sich selbst, denn besondere Betreuungsanstrengungen können im Stationsalltag nicht beobachtet werden. Vielmehr ist es der klassische Fall schlichter Verwahrung eines hilflosen Menschen.

Tragisch verlief der Fall von Otto: ähnlich wie Franz lebte er in seiner ganz eigenen Welt, schrie oft aus seinem Zellenfenster russische Flüche, da in der Sowjetunion geboren, bevor er nach Deutschland kam. Einem normalen Gespräch war er kaum zugänglich, er schlurfte morgens in die Stationsdusche, danach ging er in den Gruppenraum und klopfte energisch an die beiden Fisch-Aquarien, stellte sich auf die Körperwaage und ging zurück in die Zelle. Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Zuletzt lief er mit abnorm vergrößertem Hoden ohne Unterkleidung über den Flur, hatte geschwollene Beine und erkennbare Entzündungen.

Auch in Ottos Fall konnten die Stationsbewohner keine sonderlichen Betreuungsbemühungen erkennen, obwohl für jedermann ersichtlich war, dass er körperlich wie seelisch schwer erkrankt war. Erst nachdem in Bruchsal Rasmane verhungerte, schien ein Ruck durch den Justizapparat zu gehen. Denn am 02.09.2014 beantragte man, im Wege der einstweiligen Anordnung eine rechtliche Betreuung zu errichten. Mit Telefax vom 04.09.2014 machte Obermedizinalrat T. von der JVA Freiburg auf die Dringlichkeit erneut aufmerksam. Noch am gleichen Tag erließ das Amtsgericht Freiburg (140 XVII 808/14) eine einstweilige Anordnung, mit welcher Herr F. - als Berufsbetreuer – für die Bereiche Gesundheitsfürsorge und Aufenthaltsbestimmung als Betreuer eingesetzt wurde. Herr F. kam kurz danach auf die Station und erkannte nach einem kurzen Gespräch mit Otto und Inaugenscheinnahme dessen verwahrloster Zelle, dass ärztliche Hilfe unumgänglich sei. Letztlich kam diese zu spät, denn am 11.11.2014 verstarb Otto im Gefängnis Krankenhaus Hohenasperg bei Stuttgart.

Was zählt das Leben von Gefangenen?

Auffällig an den Todesfällen in letzter Zeit, ob in Bruchsal oder andernorts, er trifft vielfach jene Insassen, die als besonders 'schwierig' gelten, die oft nicht in der Lage sind, für sich selbst einzustehen. Auch wenn Mitgefangene versuchen sich zu engagieren, in den Fällen von Otto und Franz haben die Stationsbewohner oftmals täglich bei der Anstalt ein Handeln angemahnt, ohne auf Gehör zu stoßen, hilft das im Regelfall herzlich wenig. Der Staat nimmt den Betroffenen die Freiheit, aber anstatt dann seiner Fürsorgepflicht nachzukommen, überlässt das Personal die Inhaftierten sich selbst.

Solange hier kein grundlegender Wandel stattfindet, wird weiterhin mit Todesfällen oder Schicksalen wie dem von Franz gerechnet werden müssen.

Thomas Meyer-Falk, z. Zt. JVA (SV)
Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
<https://freedomforthomas.wordpress.com>